Familienarmut gefährdet Kinderrechte: warum Geld allein nicht reicht

Familienarmut ist selten nur eine Frage des Geldes. Dieses Resümee ziehen die sieben Berliner Akti(F) Plus-Projekte anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte am 20. November. Im Rahmen des ESF Plus Programms „Akti(F) Plus – Aktiv für Familien und ihre Kinder“ haben sie seit Projektbeginn 4.529 Familien unterstützt. Ihre Erfahrungen zeigen: Finanzielle Sorgen gehen häufig mit weiteren Belastungen einher – etwa bei Gesundheit, Arbeit, Wohnen oder im Kontakt mit Behörden. Das erfordert Unterstützungsangebote, die armutsbetroffenen Familien ganzheitlich in den Blick nehmen – denn ohne sie bleibt das Recht jedes Kindes auf einen angemessenen Lebensstandard (Art. 27 UN-Kinderrechtskonvention), auf Bildung und Gesundheit ein Recht auf dem Papier.

Berlin, 20.11.2026. Rund ein Viertel der Berliner Kinder ist von Armut oder Armutsgefährdung betroffen, wie der Berliner Sozialbericht 2025 zeigt. Etwa jedes vierte Kind unter 15 Jahren lebt in Berlin in einem Haushalt, der auf Grundsicherung nach dem SGB II angewiesen ist – bundesweit sind es 12 Prozent. Der Anteil der Menschen, die Grundsicherungsleistungen beziehen, liegt in Berlin bei rund 15 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von rund 9 Prozent. Die Zahlen verdeutlichen: In Berlin wächst ein erheblicher Teil der Kinder unter Bedingungen auf, die ihre Zukunftschancen konkret einschränken.

Doch Einkommensarmut erfasst nur einen Teil des Bildes. In der Beratungspraxis der sieben Berliner Akti(F) Plus-Projekte zeigt sich, dass Armut selten in einer einzigen Dimension auftritt. Familien, die zu den Projekten kommen, sind häufig gleichzeitig von mehreren Belastungen betroffen: zu niedrigem Einkommen trotz Erwerbstätigkeit, steigenden Wohnkosten, gesundheitlichen Problemen oder Überschuldung, unsicheren oder beengten Wohnverhältnissen, Sprachbarrieren, bürokratischen Hürden oder fehlenden Zugängen zu Bildungs- und Unterstützungsangeboten. Diese Faktoren verstärken sich gegenseitig – und wirken sich unmittelbar auf die Entwicklung, Teilhabe und Gesundheit der Kinder aus. Wer Kinderrechte verwirklichen will, muss deshalb auch die Lebensbedingungen ihrer Familien in ihrer Ganzheitlichkeit berücksichtigen.

Wenn hinter einem Problem viele weitere stehen

Genau hier setzen die sieben Berliner Akti(F) Plus-Projekte an. Sie sind in neun der zwölf Berliner Bezirke aktiv: Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf, Neukölln, Spandau, Pankow, Lichtenberg, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Treptow-Köpenick. Sie haben bislang insgesamt 4.529 Familien unterstützt, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind. Dabei verbinden sie unterschiedliche Formen der Unterstützung: Sozial- und Familienberatung, Gesundheits- und Jobcoaching, Hilfe bei Anträgen und Behördengängen sowie die Vermittlung an weitere Angebote.

Oft kommen Familien mit einer scheinbar einfachen Frage: „Warum wurde mein Antrag abgelehnt?“ oder „Wie soll ich diesen Monat die Miete bezahlen?“ Im Gespräch zeigt sich dann schnell, dass es nicht nur um einen Antrag oder eine einzelne Rechnung geht. Vielleicht ist das Einkommen zu niedrig, gleichzeitig sind die Wohnkosten gestiegen, ein Kind braucht besondere Unterstützung und ein Elternteil kann wegen fehlender Kinderbetreuung keine zusätzliche Arbeit aufnehmen. Dazu kommen Sprachbarrieren oder Unsicherheit im Umgang mit Behörden.

Die Berliner Projekte werden im Rahmen des Programms „Akti(F) Plus – Aktiv für Familien und ihre Kinder“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert.

Gefördert durch:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Kofinanziert von der Europäischen Union

Das einzelne Anliegen ist dann oft nur der sichtbare Teil einer viel größeren Belastung. Anstatt dass eine Familie für jedes Problem eine andere Beratungsstelle aufsuchen und immer wieder ihre Situation erklären muss, versuchen die Beratungsfachkräfte der Projekte, die verschiedenen Themen gemeinsam mit der Familie in den Blick zu nehmen und bei Bedarf die passenden Stellen miteinander zu vernetzen. So kann aus einer zunächst scheinbar einfachen Frage ein umfassender Unterstützungsprozess entstehen – mit dem Ziel, dass Familien nicht zwischen verschiedenen Zuständigkeiten hin- und hergeschickt werden.

Zusammenarbeit als Schlüssel

Damit Familien diese Unterstützung tatsächlich erhalten, müssen auch die verschiedenen Institutionen und Einrichtungen gut und verzahnt zusammenarbeiten, an die sie sich wenden. Denn häufig betreffen die Anliegen mehrere Bereiche gleichzeitig: etwa die Existenzsicherung, die Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit oder Bildung. Die Projekte verfolgen daher das Ziel der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit von Jobcentern, Jugendämtern, Bezirksämtern und weiteren Einrichtungen vor Ort. Sie schaffen Verbindungen zwischen den beteiligten Stellen, helfen Informationslücken zu schließen und Unterstützungsangebote besser aufeinander abzustimmen.
So soll verhindert werden, dass Familien an unterschiedlichen Zuständigkeiten scheitern oder notwendige Unterstützung nicht erhalten. Denn wenn Eltern bei der Bewältigung ihrer Belastungen unterstützt werden und Hilfsangebote besser ineinandergreifen, können auch die Voraussetzungen für ein gesundes Aufwachsen und die Teilhabe ihrer Kinder verbessert werden.

Details und Hintergrundinfos

Die Berliner Projekte arbeiten niedrigschwellig, aufsuchend und mehrsprachig sowie mit multiprofessionellen Teams und einem engen Netzwerk aus freien Trägern und öffentlichen Stellen. Sie sind in neun Berliner Bezirken aktiv: Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf, Neukölln, Spandau, Pankow, Lichtenberg, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Treptow-Köpenick. Umgesetzt werden die Projekte von den sozialen Trägern: agens Arbeitsmarktservice gGmbH, Aufwind e.V., CHANCE Bildung, Jugend und Sport gGmbH, Die Wille, Verein für Berliner Stadtmission, WeTeK Berlin gGmbH und wortlaut Bildungswerkstatt.

Die Projekte werden im Rahmen des Programms „Akti(F) Plus – Aktiv für Familien und ihre Kinder“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus gefördert.

Der Europäische Sozialfonds (ESF Plus) ist Europas wichtigstes Instrument zur Förderung von Beschäftigung und sozialer Integration in Europa. Deutschland erhält in der ESF Plus-Förderperiode 2021-2027 rund 6,56 Mrd. Euro. Davon fließen rund 2,22 Mrd. Euro in das ESF Plus-Bundesprogramm und rund 4,34 Mrd. Euro in die ESF Plus-Aktivitäten der Bundesländer. Weitere Infos zum ESF Plus unter: www.esf.de

Pressesprecher
Frölich, Alexandra
Tel.: 0151 / 5631 3285
E-Mail: alexandra.froelich@wortlaut.de